Solarindustrie

China schlägt zurück

Das Reich der Mitte will mögliche Sanktionen der Europäischen Union gegen seine Solarindustrie vergelten. Es erwägt Anti-Dumpingzölle auf Siliziumimporte und klagt zudem gegen die Ökostromförderung in Europa. Eine Eskalation des Handelskonflikts wäre Gift für das weitere globale Wachstum der Photovoltaik.



Bald seltener? Wenn die EU Strafzölle auf Solarware aus China erhebt, steuern die grossen Modulfrachter künftig seltener den Hamburger Hafen an.

Konfuzius sagt: «Durch Geradheit vergelte man Unrecht, durch Güte vergelte man Güte.» Für die heutige Zeit liesse sich die 2500 Jahre alte Weisheit am ehesten als Aufforderung zur Deeskalation und Zurückhaltung interpretieren. Doch nach Beschwichtigung, wie sie ihr grosser Philosoph anmahnt, steht den Chinesen nicht der Sinn. Die Europäische Union (EU) prüft Vorwürfe gegen die chinesische Solarindustrie wegen Dumpings und illegaler Subven-

tionen, prompt folgt der Gegenschlag. Zum einen will das Handelsministerium in Peking jetzt untersuchen, ob europäische Siliziumhersteller den Zellengrundstoff in China zu ungerechtfertigt niedrigen Preisen verkaufen. Zum anderen reichte es bei der Welthandelsorganisation WTO Klage gegen die EU ein. Der Vorwurf: In einigen europäischen Staaten soll Solarstrom höher vergütet werden, wenn er mit Zellen aus Europa erzeugt wird.

Chinas Solarindustrie kommt Pekings Reaktion sehr gelegen. «Die Solarbranche befindet sich an einem kritischen Wendepunkt, der ihren langfristigen Erfolg bestimmen wird», erklärt Zhiheng Zhao, Vizepräsident des chinesischen Solarkonzerns Yingli Green Energy. Bereits vorigen Sommer, kurz nachdem die europäische Industrieinitiative EU Prosun unter der Führung des Bonner Solarkonzerns Solarworld bei der EU eine Anti-Dumpingklage gegen Chinas

Modulproduzenten eingereicht hatte, sprachen die vier grossen Hersteller des Landes, Yingli, Suntech, Trina und Canadian Solar, im Pekinger Handelsministerium vor. Dabei soll das Quartett laut dem Fachblatt Photon unter anderem Strafzölle auf Silizium aus Europa gefordert haben.

Damit droht der Solarstreit in einen internationalen Handelskrieg auszuarten, der über die Grenzen der Photovoltaik hinausgeht. «Wir erleben in der EU schon jetzt die grösste Handelsstreitigkeit, die es je gegeben hat», erklärt Carsten Lietz, Sprecher der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Das Volumen chinesischer Solarimporte lag nach EU-Angaben 2011 bei rund 20 Milliarden Dollar. Das entspricht exakt dem Gesamtumsatz, den die deutsche PV-Industrie 2011 erzielte. Im glimpflichen Fall erweisen sich die gegenseitigen Anschuldigungen als haltlos, und der Solarhandel geht wie gehabt weiter. Schlimmstenfalls schlägt der Konflikt Wellen des Protektionismus, die auch andere Branchen erfassen. Gerüchten zufolge sollen Vertreter Chinas Unternehmen der europäischen Autoindustrie bereits gedroht haben, dass Solarzölle sehr negative Folgen für sie haben würden. Die deutschen Autobauer träfen Handelsbarrieren hart, denn China ist einer ihrer stärksten Absatzmärkte.

Strafzölle auch für Autos?

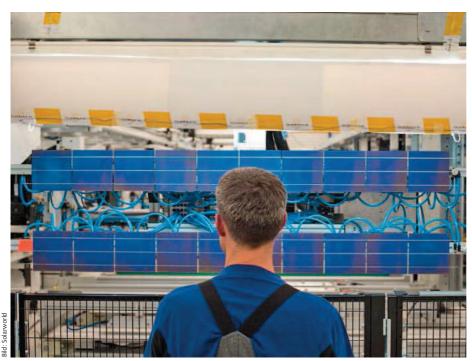
Der Ursprung des Konflikts liegt im rasanten Aufstieg der chinesischen PV-Hersteller. Noch vor fünf Jahren dominierten deutsche Produzenten wie Q-Cells aus Thalheim, Solon aus Berlin oder Solarworld den globalen Solarmarkt. Hohe Einspeisevergütungen für Sonnenstrom in vielen Ländern Europas heizten die Modulnachfrage an und bescherten den Herstellern üppige Gewinne. So konnten sie ihre Investitionen zwischen 2006 und 2009 mehr als verzehnfachen. Doch offensichtlich haben Q-Cells und Co ihr Geld in die falschen Massnahmen investiert. Statt ihren technologischen Vorsprung durch Innovationen abzusichern und effizientere Zellen zu entwickeln, setzten sie stur auf den Ausbau der Massenproduktion.

Für die aufstrebenden chinesischen Produzenten wurden sie damit angreifbar. Innerhalb weniger Jahre schafften es viele chinesische Firmen, die Europäer nicht nur einzuholen, sondern auch abzuhängen. Dank der Expertise australischer PV-Forscher und Produktionsmaschinen aus Deutschland liefern sie inzwischen Module mit gleicher Effizienz und ebenso guter Qualität, aber bis zu 30 Prozent billiger. Dadurch konnten die Chinesen ihren Marktanteil in Europa in den vergangenen fünf Jahren auf 80 Prozent vervierfachen. Die Folge ist eine Pleitewelle in der europäischen Solarindustrie, die nach Angaben des Bundesverbands Solarwirtschaft allein in Deutschland bisher 30000 Menschen den Arbeitsplatz gekostet hat.

Nach Meinung von Prosun-Präsident Milan Nitzschke sind illegale Handelspraktiken Schuld an der Krise der europäischen Hersteller. «Die Volksrepublik füttert ihre Solarunternehmen seit Jahren mit milliardenschweren Subventionen. Daher können sie ihre Produkte zu einem Preis verkaufen, der 60 bis 80 Prozent unter den Herstellungskosten liegt.» Tatsächlich stehen den chinesischen Solarkonzernen enorme Kreditlinien zur Verfügung. Laut dem Finanzinformationsdienst Bloomberg New Energy Finance hat die staatliche China Development Bank (CDB) Ende September zwölf Solarunternehmen zinsverbilligte Kredite in Höhe von insgesamt 43 Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt. «Darum gehen die Firmen trotz enormer Verluste nicht bankrott», sagt Nitzschke.

In den Vereinigten Staaten werden die Chinesen für ihr Handelsgebaren bereits bestraft. Die US-Regierung hat im Zuge einer Klage der Industrieinitiative Coalition for American Manufacturing (CASM) unter der Ägide von Solarworld USA ermittelt, dass Peking seine Solarhersteller mit über 25 Milliarden US-Dollar an Subventionen, zinsgünstigen Darlehen und billiger Energie unterstützt. Deshalb erhebt Washington seit dem Frühjahr 2012 gepfefferte Strafzölle von bis zu 250 Prozent auf chinesische Solarware. Dazu kommen Anti-Subventionszölle von 15 Prozent, um Exporthilfen der chinesischen Regierung zu kontern. Von den grossen Asiaten trifft es Suntech besonders hart. Der Konzern muss in den USA Anti-Dumpingzölle in Höhe von 32 Prozent und die zusätzlichen Zwangsabgaben für die Exporthilfen von 15 Prozent zahlen. Ermutigt von diesem Erfolg hat Solarworld auch in Europa Verfahren gegen China wegen Solar-Billigimporten und illegaler staatlicher Unterstützung angestossen. Bisher läuft alles wie geplant: Die EU prüft die Vorwürfe in zwei unabhängigen Verfahren und wird bis spätestens Ende 2013 entscheiden, ob die Chinesen auch an Europas Grenzen zur Kasse gebeten werden.

Beschliesst Brüssel Sanktionen, werden viele europäische Solarfirmen zunächst erleichtert sein. Europa ist mit Abstand der wichtigste PV-Markt der Welt mit einem Anteil von 70 Prozent. Gewinnen europäische Hersteller hier Boden zurück, könnten sie wieder zu einer ernst zu nehmenden Grösse im globalen Solargeschäft werden. Doch Sanktionen gegen China bergen auch die grosse Gefahr, dass sie einen Handelskrieg auslösen, der allen Beteiligten erheblichen Schaden zufügt. «Die Chinesen werden alles tun, um unliebsame Konkurrenten auszubooten und sich die uneingeschränkte Vorherrschaft in der PV zu sichern», sagt Chinaexperte Frank Haugwitz.



Wieder im Spiel: Solarworld gilt als Treiber des Handelsstreits mit China. In den USA profitiert das Unternehmen bereits von Sanktionen des US-Handelsministeriums gegen China.

Chinesisches Doppelspiel

Schon türmt sich der Solarriese drohend vor dem Rest der Welt auf. «Wir wollen den Dialog», versichert Suntech-Sprecher Björn Emde. Doch es riecht nach einem Doppelspiel der chinesischen Unternehmen. Von ihnen angestiftet, hat die Regierung in Peking gleich mehrere Verfahren gegen Solarfirmen in der EU, in Südkorea und in den USA eingeleitet. Im Visier haben die Behörden vor allem die Siliziumhersteller, die von der Solarkrise bisher weitgehend verschont blieben. Wie zum Beispiel den Münchner Chemiekonzern Wacker, den Einfuhrbeschränkungen schmerzlich treffen würden. «Ein grosser Teil unseres Polysiliziums geht nach Asien», sagt Wacker-Sprecher Florian Degenhart. Für Ersatz, so denkt man wohl in Peking, könnten künftig auch die vielen Siliziumhersteller im Land sorgen. Sie leiden ohnehin stark unter der krisenbedingten Produktionsflaute, infolge derer die Preise für Silizium aus China im ersten Halbjahr um

fast 50 Prozent auf 27,50 US-Dollar pro Tonne eingebrochen sind.

Eric Maiser vom deutschen Maschinenbauverband VDMA befürchtet, dass auch deutsche Maschinen- und Anlagenbauer ein mögliches Ziel für chinesische Strafzölle werden könnten. «Das ist nicht auszuschliessen», sagt der Photovoltaikexperte. Sanktionen Chinas gegen die Equipmentanbieter hätten verheerende wirtschaftliche Folgen für die Firmen: Branchengrössen wie Centrotherm aus Blaubeuren oder Schmid aus Freudenstadt erwirtschafteten zuletzt rund 80 Prozent ihrer Umsätze mit Exporten nach China. Indirekt wären auch Schweizer Zulieferer wie Meyer Burger von chinesischen Importbeschränkungen betroffen. Zwar ist die Schweiz kein EU-Mitglied, aber Maiser glaubt, dass China künftig auf eigene Produktionstechnik setzen könnte. «China baut derzeit eine eigene Zuliefererindustrie auf, die das Equipment liefern kann», so der Experte. Massiver Ärger droht in Europa auch auf politischer Ebene. China fühlt sich von sogenannten Local-Content-Klauseln in Griechenland und Italien diskrimiert, nach denen im jeweiligen Land hergestellte Module besser gefördert werden als importierte Ware – und hat offensichtlich gute Chancen, dass sich die WTO dieser Deutung anschliesst. «Nach den geltenden Verträgen sind die Chinesen wohl im Recht», meint Rainer Falk vom Fachinformationsdienst Weltwirtschaft und Entwicklung.

Doch China kann im Solarstreit auch viel verlieren. Schottet sich nach den USA auch Europa ab, brechen den chinesischen Herstellern die beiden wichtigsten Exportmärkte weg. Zwar will Peking die Solarinstallationen im eigenen Land hochfahren, um seine Produzenten zu entlasten - die Rede ist von einer Verdoppelung der Neuinstallationen dieses Jahr auf zehn Gigawatt. Reichen wird das aber längst nicht, um Verluste in den USA und Europa zu kompensieren. Daher wird es wahrscheinlich auch in China eine Selektion geben, die nur die stärksten Unternehmen überleben.

Die wohl schlimmste Konsequenz eines Handelskriegs wäre jedoch, dass die PV als Stromquelle für die Energiewende auf der Strecke bleibt. Werden Chinas Produkte mit Zöllen belegt oder entscheiden sich die chinesischen Hersteller, nicht mehr in geschützte Märkte zu exportieren, droht Solartechnik dort teurer zu werden. Denn nach dem von chinesischen Firmen getriebenen Preisverfall wird es das Bestreben der Hersteller in den USA oder Europa sein, wieder zu gewinnbringenden Preisen zurückzukehren. Konsequenz: Es wird weniger in PV investiert, Märkte schrumpfen. Am sinnvollsten wäre es wohl, im Solarstreit nach Konfuzius zu handeln: Gemüter beruhigen und kooperieren.

Text: Sascha Rentzing